

## Pressemitteilung

### KMW außer Kontrolle – Demokratie ausgehebelt?

#### B.I. Kekowi fordert eine „Große Koalition der Vernunft“ gegen die Alleinherrschaft der Oberbürgermeister

**Wiesbaden, 23.09.2008:** „Das erschüttert uns mehr, als es uns überrascht“, kommentiert Meinrad v. Engelberg, Sprecher der B.I. Kekowi, die neuesten Entwicklungen rund um die Versuche der beiden Stadtparlamente in Mainz und Wiesbaden, den Bau des Kohlekraftwerks der KMW zu stoppen.

„Unsere Befürchtung, dass die Umwandlung ehemals kommunaler Eigenbetriebe in scheinbar eigenständige Aktiengesellschaften zur Folge hat, dass sie der öffentlichen Kontrolle entzogen werden, hat sich leider bestätigt. Die eigentlichen und alleinigen Herren dieser Unternehmen sind anscheinend die Oberbürgermeister, die in wechselnden Kostümen – mal als Inhabervertreter, mal als Aufsichtsräte, mal als scheinbar unparteiische Verwaltungschefs der Kommunen – stets das gleiche tun: Den Willen der gewählten Volksvertreter nach Kräften zu unterlaufen und das Eigenleben der KMW gegen alles, was deren Ziele stören könnte, abzuschotten. Egal, welchen Weg die Stadtparlamente auch beschreiten: Immer wird ihnen klar gemacht, sie hätten hier eigentlich gar nicht mitzureden.“

Komisch, dass erst jetzt, als ein wirklich scharfer Antrag in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden soll, den Verantwortlichen auffällt, dass dieses Parlament eigentlich gar keinen Einfluss auf die KMW- Geschäftspolitik nehmen dürfe! Das Recht der Aktionärsvertretung läge allein beim Magistrat – aber wer ist der Magistrat?

Die Grüne Umweltdezernentin Thies, die im Namen der Stadt Einwendungen gegen das Projekt erhebt und mit einer Klage droht, während ein anderes Magistratsmitglied, nämlich der CDU-OB Müller, alles dafür tut, dass die KMW ihre Kohlepläne weiter verfolgen kann? Was ist denn nun die Position der Stadt Wiesbaden? Ist der eigentliche Souverän der OB, oder ist es immer noch das Volk, repräsentiert durch seine gewählten Vertreter?

Wenn die Parlamentarier, wie in Mainz geschehen, ihr unbezweifelbares Recht ausüben und einen Bebauungsplan aufstellen, der dem OB Beutel und der KMW nicht schmecken, versucht man sie einfach mit dem Argument der „nicht beachteten Wirtschaftlichkeit“ dieses Rechtes zu berauben. Die finanziellen Schäden, vor welchen OB Beutel die Stadt Mainz bewahren will, entstehen aber einzig und allein durch eine vom Aufsichtsrat gedeckte Hazardpolitik der KMW, nämlich ein Kraftwerk zu bestellen, für das weder eine Immissions- noch eine Baugenehmigung vorliegt, und für dessen Bau sie zum Zeitpunkt der Beantragung noch nicht einmal die Grundstücke besitzt?“

Engelberg zieht ein düsteres Fazit: „Der größte Schaden dieser macchiavellistischen Politik trifft nicht allein die Umwelt, das Landschaftsbild, das Klima oder die Stadtkassen; viel schlimmer: Es bedeutet einen Anschlag auf das System der repräsentativen Demokratie. Wenn der Wille von über 80 Prozent der Bevölkerung und von zwei Parlamenten durch die Sturheit zweier Oberbürgermeister und eines anscheinend von ihnen allein kontrollierten Unternehmens ausgehebelt werden kann, ist das ein Offenbarungseid unserer Kommunalverfassung.“

Jeder Demokrat, der davon überzeugt ist, dass Politik im öffentlichen Interesse und unter nachvollziehbaren Spielregeln gemacht werden sollte, muss sich unserem Widerstand eigentlich aus prinzipiellen Gründen anschließen, egal, welche Energiepolitik er favorisiert.

Wir beglückwünschen die Wiesbadener Grünen dazu, dass sie sich nicht mehr auf Gedeih und Verderb an einer solchen Koalition beteiligen wollen.

Das Versprechen einer „bürgernahen kommunalen Energieversorgung“ ist dagegen wie eine Seifenblase zerplatzt: Was hier regiert, ist harte, eiskalte Machtpolitik weniger selbsternannter „Eliten“, denen die Meinung des „Volkes“ und dessen gewählter Vertreter schlicht egal ist. Jetzt hoffen wir auf eine „große Koalition“ aller politischen Kräfte, die sich nicht derart endmündigen lassen wollen. Vernunft kennt keine Parteigrenzen, wenn von der Mainzer CDU bis zur Wiesbadener „Linken Liste“ alle an einem Strang ziehen. Wir, die Bürgerinitiativen, helfen gerne mit, so gut wir das außerparlamentarisch und überparteilich können.“